

Wirtschafts- chronik

Die Wirtschaftschronik erscheint vierteljährlich. Sie stellt wichtige Ereignisse und Entscheidungen von gesamtwirtschaftlicher Tragweite aus den letzten Monaten zusammen. Schwerpunkt sind Maßnahmen und Beschlüsse der Währungsbehörden, der Budgetpolitik und der Tarifvertragspartner. Ihre Auswirkungen werden in den laufenden Berichten zur Wirtschaftslage näher untersucht.

1988 Österreich zieht im internationalen Konjunkturaufschwung voll mit. Vom raschen Exportwachstum profitiert vor allem die Industrie. Die Nachfrage im Inland wird schon 1988 durch die bevorstehende Steuerreform günstig beeinflusst: Sie gibt den Konsumenten die Aussicht auf höhere Nettoeinkommen; in den Unternehmen werden manche Investitionsprojekte vorgezogen, um auslaufende Steuervorteile noch zu nutzen. Sorgen um die Preisstabilität haben international einen steigenden Zinsentrend in Gang gesetzt. Ihm kann sich Österreich — um den Außenwert des Schillings zu sichern — nicht entziehen.

27. September

Der Nationalrat beschließt eine Novelle zum Bundeshaushaltsgesetz: Die Budgetprognose und das Investitionsprogramm des Bundes sind bis spätestens 30. Juni dem Parlament zu übermitteln. Die nächste Budgetprognose umfaßt den Zeitraum 1989/1992.

20. Oktober

Der Nationalrat beschließt ein neues Scheidemünzengesetz, das die Gründung einer „Münze Österreich AG“ vorsieht. Diese Neuordnung hängt mit dem Verkauf des Hauptmünzamt an die Oesterreichische Nationalbank zusammen. Der Kaufpreis betrug 8 Mrd. S.

1. November

Die Kollektivvertragslöhne der Arbeiter in der Metallindustrie und im Bergbau werden um 4,3% erhöht, die Ist-Löhne um 3,1%.

1989 Die Nachfrage aus dem Ausland verliert voraussichtlich an Schwung, doch wird der Export neuerlich rascher steigen als im Durchschnitt der letzten Jahre. Im Inland geben höhere Nettoeinkommen dem privaten Konsum kräftige Impulse. Trotz allgemein günstigen Geschäftsklimas entwickeln sich die Investitionen uneinheitlich, die bislang rege Bautätigkeit läßt nach. Der Preisaufrtrieb bleibt rege.

1. Jänner

Zinserträge für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist sind von der Kapitalertragsteuer befreit. Um den damit verbundenen Effekt auf die Zinsstruktur auszugleichen, werden die Zinssätze für Spareinlagen mit einer Bindungsfrist von 6 und von 12 Monaten und für Sparbriefe mit einer Bindungsfrist von unter einem Jahr auf 3¼% angehoben. Der im Herbst 1988 auf 6¼% erhöhte Zinssatz für das Kapitalsparbuch mit 6 Jahren Laufzeit wird gleichzeitig wieder auf 6% gesenkt.

Die Ist-Löhne der Arbeiter im Metallgewerbe werden um 2,5% erhöht. Die Mindestlöhne im Gewerbe werden an jene der Industrie angeglichen. Mit 1. Jänner tritt die bereits im Vorjahr vereinbarte Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Wochenstunden in Kraft.

Die Kollektivvertragsgehälter der Handelsangestellten und -lehrlinge werden um 3,7% angehoben.

Die öffentlich Bediensteten erhalten in den Jahren 1989 und 1990 jeweils mit 1. Jänner eine Gehaltserhöhung von 2,9%. In diesen zwei Jahren werden die Pensionsbeiträge um jeweils 0,25 Prozentpunkte erhöht.

Die Mindestlöhne der Bekleidungsarbeiter werden um 3,4%, die Ist-Löhne um 2,9% erhöht.

Die kollektivvertraglichen Mindestgehälter der Industrieangestellten werden im Durchschnitt um 3% angehoben; die Ist-Gehälter steigen im Metallbereich und in der Papier- und Pappe verarbeitenden Industrie um 2,9%, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie um 3%, in der chemischen Industrie, Papierindustrie sowie Stein- und keramischen Industrie um 2,7% und in der Glasindustrie um 2,5%.

29. November

Vom Nationalrat wird eine Änderung des Finanzverfassungsgesetzes beschlossen. Mit dieser Novelle wird es möglich, vom selben Besteuerungsgegenstand mehrere Abgaben einzuheben.

Der Nationalrat beschließt ein neues Finanzausgleichsgesetz. Es gilt für die Jahre 1989/1992.

16. Dezember

In Einklang mit der Deutschen Bundesbank hebt die Oesterreichische Nationalbank den Lombardsatz um ½ Prozentpunkt auf 5½% an. Der Diskontsatz beträgt unverändert 4%. Diesem Schritt schließt sich eine Reihe europäischer Notenbanken an.

Vom Nationalrat wird der Bundesvoranschlag 1989 beschlossen. Er sieht im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 531,5 Mrd. S. und Einnahmen von 465,4 Mrd. S. vor. Das Nettodefizit ist somit mit 66,1 Mrd. S. veranschlagt.